

Die Wertschätzung der Arbeit geht verloren

In der «Abzocker»-Debatte geht es nicht nur um Geld und Neid, sondern um volks- und gesellschaftspolitische Aspekte – Der Gesellschaftsvertrag ist gefährdet

Christoph Zenger

Die Frage der richtigen oder gar gerechten Entschädigung eines Managers werden wir niemals beantworten können. Doch irgendwo muss ein reiner Leistungslohn eine Grenze haben, zumindest im Verhältnis zu anderen Gehältern. Bei Roger Federer wissen wir alle, dass seine Leistung so einmalig ist, dass sie keine finanzielle Obergrenze kennt. Leistung und Knappheit gehen Hand in Hand. Doch wie kann es sein, dass nachgewiesene schlechte Manager und Verwaltungsräte einer Grossbank sich mit enormen, akkumulierten Lohnvermögen in den unbehelligten Ruhestand setzen dürfen?

Eher Monopolrenten

Ist es nicht so, dass viele Manager und Verwaltungsräte eine Monopol- oder Kartellrente kassieren, die in keiner oder vielleicht bloss einer künstlichen Konkurrenzsituation begründet ist? Es wäre dann nicht der Markt, sondern dessen Ausschaltung, was die hohen Gehälter erklärt, und weniger die angeblich herausragende Leistung.

Wer meint, die Minderinitiative oder ein Gegenvorschlag dazu werde daran viel verändern, wird möglicherweise eine grosse Enttäuschung erleben. So ist zum Beispiel die Abschaffung des Depotstimmrechtes sicher ein Schritt in die richtige Richtung. Die übrigen Aktionäre könnten aber heute schon systematisch gegen die Entlastung der Verwaltungsräte und ihre Wiederwahl stimmen. Denn von einer umsichtigen, geschweige denn von einer sorgfältigen Kontrolle der Geschäftsführung kann kaum die Rede sein, wenn man diese so ungetreu gegenüber den Stakeholdern Geld machen lässt. Die Mehrheit der Aktionäre genehmigt sogar die unanständigen Vergütungsberichte.

Vielleicht sind die Aktionäre selbst ein Teil des Problems. Man denke nur an all jene «Anleger», die ebenso das schnelle Geld suchen wie ein Teil der Manager und Verwaltungsräte. In vielen Fällen sind es die Aktionäre, die Unternehmen zu überhöhten

Risiken zwingen, weil sie sich mit einstelligen Eigenkapitalrenditen nicht zufrieden geben. Man denke nur an die alte UBS, die just von jenen Kreisen zu einer höheren Eigenkapitalrendite angetrieben wurde, die jetzt politisches Kapital aus den negativen Folgen dieses Antriebs schlagen – abgesehen davon, dass sie sich «visionär» mit nicht bescheidenen Verwaltungsrats honoraren abgelten liessen.

In der Abzocker-Debatte geht es nicht nur um Geld und Neid, sondern um volks- und gesellschaftspolitische Aspekte. Die Wertschätzung der Arbeit und Leistung und damit ein Grundpfeiler unseres marktwirtschaftlichen Grundkonsenses wird verwässert oder geht gänzlich verloren.

Bis weit in den oberen Mittelstand wird allmählich die Meinung salonfähig, dass es sich bei den überhöhten Entschädigungen um einen organisierten, allerdings formaljuristisch legalisierten Diebstahl handelt. Selbst überzeugte Vertreter der Umwandlungssatzinitiative legten ein Protest-Nein in die Urnen, nur weil auch sie sich an «unanständigen» Salären in der Versicherungsindustrie stören. So beginnen die Lohnexzesse am direktdemokratischen Fundament zu rütteln. Nicht ausgeschlossen, dass irgendwann soziale Unrast und die breite Hinterfragung der Eigentumsrechte drohen. Dann wäre die marktwirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung in ihrer Existenz gefährdet.

Asymmetrisches Risiko

All jene, die vorgeben, den Kapitalismus zu pflegen, ihn aber bloss für ihre (übersteigerten und leistungsmässig ungerechtfertigten) Eigeninteressen missbrauchen, sind die wahren Feinde unseres marktwirtschaftlichen und demokratischen Systems. Sie zu bändigen wird kaum gelingen. Sie müssen von sich aus zur Überzeugung des Masshaltens gelangen. Im Grunde sollten die Personen der Öffentlichkeit, die immer öfter in die Verwaltungsräte gewählt werden, für entsprechende Initiativen sorgen.

Allein, es bleibt wohl auch in dieser Hinsicht das ernüchternde Fazit zu ziehen, dass sich manche Spitzenmanager eher für die moralische Rechtfertigung des Systems einspannen lassen – gegen eine üppige Bezahlung wohlgerne.

Liberalen Kräften unserer Schweiz, vereinigt Euch! Opfern wir lieber ein bisschen Dogma als dessen Fundament durch Raffgier zerstören zu lassen. Eine relative oder absolute Lohnobergrenze für Manager und Verwaltungsräte kommt uns immer noch billiger zu stehen – und im Falle von

kartellmässig bestimmten Gehältern wären sie ökonomisch erst noch gerechtfertigt. Da haben wir es wirklich mit einer asymmetrischen Risikosituation und möglicherweise mit einem «schwarzen Schwan» zu tun, den man als liberale Marktwirtschaftler und Demokraten mit Vehemenz an der Weiterverbreitung hindern sollte.

Dr. Christoph Zenger ist Ökonom, Vermögensverwalter und Geschäftsleitungsmitglied der Covasys in Zug